



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Mittelschulen stärken VI: Gezielte Vorbereitung auf den Berufseinstieg voranbringen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verzahnung von Wirtschaft und Mittelschulen weiter zu vertiefen und zu fördern, indem Lehrkräften mehr Zeit zur Verfügung gestellt wird, praxisbezogene Unterrichtsstunden vorzubereiten.

#### **Begründung:**

Eine große Stärke der Mittelschulen ist deren praktische Orientierung. Die Schülerinnen und Schüler machen bereits früh erste Erfahrungen im beruflichen Umfeld und werden zielgerichtet auf die Berufswahl vorbereitet. Vor allem Schulewirtschaft-Expertinnen und -Experten spielen hierbei eine große Rolle, indem sie Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Netzwerken der Mittelschulen und der bayerischen Wirtschaft bieten. Sie sind dabei in das bayernweite Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT integriert. Bisher wurden ca. 85 Schulewirtschaft-Expertinnen und -Experten qualifiziert. Diese Expertinnen und Experten verfügen dabei über ein fundiertes Wissen zu den Herausforderungen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben und dienen sowohl Schulen als auch Unternehmen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Eine Hauptaufgabe bildet dabei die Beratung der Lehrkräfte. Damit diese Maßnahme vollumfänglich ihre Wirkung entfalten kann, fordern wir, den Lehrkräften Anrechnungsstunden für den Austausch sowie für die Aufbereitung der Informationen, eigene Recherchen und Vorbereitung der praxisbezogenen Unterrichtsstunden zu gewähren. Bei der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schule sowie den praxisbezogenen Unterrichtsstunden ist unbedingt auf die Vermeidung von Lobbyismus zu achten. Allein die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler sollen hier ausschlaggebend sein. Um Lobbyismus zu vermeiden, ist auf eine ausgeglichene Auswahl sowie große Bandbreite an Betrieben und Organisationen zu achten.